

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Zeile 20 Goldpfennige, Eingeladene und Reklamen 50 Goldpfennige.

Bezugspreis: Diese Woche 550 Milliarden mit Zuträgen, einzelne Nummern 120 Mill. M. Gemeinde-Verbands-Stromkonto Nummer 3. Postfachkonto Dresden 12.548. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 3.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 271

Donnerstag den 22. November 1923

89. Jahrgang

Vertilgung und Sächliches.

Dippoldiswalde, 21. November. Zum dritten Male für die bis 1929 währende Pachtperiode mußte die Jagdgenossenschaft B für ihr reichlich 454 Hektar umfassendes Jagdrevier Pachtungs-terminen ansetzen; das erste Mal wegen Ablaufs der Pachtperiode, das zweite Mal wegen Todes des Pächters und jetzt infolge oberbehördlicher Ungültigkeitserklärung der Verpachtung infolge eines Formfehlers. Die Ausschreibung soll nach dem Jagdgesetz, das ja älteren Datums ist, eine bestimmte Frist vor dem Termin ausgeben, also bei uns hier im Rathaus. Das war versehenlich unterblieben. Eine deshalb von einem Jagdgenossen beim Rat eingeleitete Beschwerde fand dieser nicht beachtlich. Der Rat stellte sich wahrscheinlich auf den zeitgemäßen Standpunkt, daß infolge der Bekanntmachung in der Zeitung der Aushang zwecklos und damit gegenstandslos geworden sei. Nicht so die Kreisauptmannschaft, bei der nunmehr von einem anderen Jagdgenossen Rekurs eingeleitet wurde. Diese stellte sich auf den Buchstaben des Gesetzes und erklärte deshalb die Verpachtung für ungültig. So fand denn gestern abend im „Roten Fleck“ ein neuer Termin statt, in dem von den zurzeit 150 Stimmen der Genossenschaft 122 vertreten waren. Jagdvorstand Heise gab einmütig den Grund für den neuerlichen Verpachtungstermin bekannt, stellte die vorchriftsmäßige Einberufung fest und verlas die Pachtbedingungen, gegen die Einwendungen nicht erhoben wurden. Hiernach haben die Pachtgebote in Hofenwerten zu erfolgen, Nebengebote, z. B. für Wohlthatigkeitsanstalten usw. sind unzulässig. Der Hofenpreis wird festgesetzt jeweils nach dem ersten nach dem 1. Dezember in den Dresdner Zeitungen bekannt gegebenen Kleinhandels-Hofenpreis bzw. Hausdurchschnittspreis. Fehlen Dresdner Preise, gelten die Berliner. Die Festschließung erfolgt in Goldmark. Die Bezahlung hat im Dezember zu erfolgen. Der Pächter hat als Sicherheit einen Jahrespacht zu hinterlegen. Die Höhe dieser Sicherheit schwankt demnach mit dem Hofenpreise. Das erlegte Wild muß in der Hauptsache in Dippoldiswalde bleiben. Nunmehr erfolgte die Abgabe der Gebote. Es boten Maschinenfabrikant Wöhme (hier) 120 Hofen, Hauptmann Drefflin (Rittergut Verreuth) 106 Hofen, Kaufmann Herberg (Dresden) 105 Hofen, Gastwirt Schmieder (Malkow) 100 Hofen und Kaufmann Johannes Richter (hier) 85 Hofen; letzterem war die Jagd im letzten Termin zugesprochen gewesen. Nach kurzer Debatte, die sich lediglich um die beiden Höchstgebote drehte, erfolgte die Abstimmung, und zwar in der Weise, daß jeder Genosse so viele Stimmzettel erhielt bzw. abgab, als er Stimmen hatte. Das Ergebnis war: Drefflin 93, Wöhme 27, Richter 2 Stimmen. Ersterer war somit als Jagdpächter gewählt und erklärte sich zum Eintritt in das Pachtverhältnis unter den bekannt gegebenen Bedingungen bereit. Wenn die Mehrzahl der Stimmen sich nicht auf das Höchstgebot von 120 Hofen (nebenbei bemerkt, so viele Hofen gibt es im ganzen Revier gar nicht) vereinigte, so geschah das, soweit die Aussprache ergab, aus der Erwägung heraus, daß das Minderangebot von 14 Hofen aufgewogen wurde dadurch, daß Dr. als mäßigere Jäger bekannt ist, B. aber in dieser Hinsicht ein unbedeutendes Blatt ist. Sämtliche letztere sein Angebot vom vorherigen Termin mit 160 Hofen auch diesmal abgegeben, wäre möglicherweise die Entscheidung anders ausgefallen. Als Vorteil des neuen Pachtverhältnisses wurde auch der Umstand erwähnt, daß das verpachtete Revier mit dem Verreuther Rittergutsgrenze grenzt. Mit der Verlesung der Niederschrift war der geschäftliche Teil der Versammlung erledigt. Der Jagdvorstand schloß mit dem Wunsch, daß das Verhältnis zwischen dem neuen Jagdpächter und der Genossenschaft immer ein gebührendes und freundschaftliches sein möge. Der Anfang damit wurde noch gestern abend gemacht. Der neue Jagdpächter zeigte sich von einer Seite, die das Verhältnis sogar ungünstlich und familiär werden ließ. Täuscht man sich nicht, dann dürfte auch mit dem Rekurs erreicht sein, was eigentlich mit ihm erreicht wurde. Und so kann man wohl annehmen, daß nunmehr alle Beteiligten von der Lösung der Frage befriedigt sind.

Seine diesjährige Hauptversammlung hielt der Stenographenverein „Gabelberger“ am Dienstag abend im Amtshaus ab. Trotz der teuren Zeiten hatte sich doch eine stattliche Zahl von Mitgliedern eingefunden. Nach einem kurzen allgemeinen Ueberblick über das vergangene Jahr erstattete der Schriftführer, Strohasenbeamer Schmidt, den Jahresbericht, der in knappen Sätzen noch einmal die Arbeiten des vergangenen Jahres vorüberziehen ließ. Die Berichte der Kurstusleiter, Herren Heine, Schönfeld und Schmidt, ließen das alte Leid und Leid erkennen, daß sich anfangs wohl eine stattliche Zahl Teilnehmer einfanden, daß Fleiß und Lust bei manchem aber rasch vorüber sind; sie konnten aber sämtlich berichten, daß der Stamm in fleißiger Arbeit das gesteckte Ziel erreicht und gute Arbeiten geliefert hat. Der Kassenbericht, von Justizsekretär Schöke erstattet, wies einen durch eine größere Stiftung des Kassierers gleichen Stand in Einnahme und Ausgabe aus. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ließ die Ämter des Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden an die bisherigen Inhaber Buchdruckermeister Jehne und Verwaltungssekretär Heine zurückfallen, Schriftführer und stellv. Schriftführer wechselten in ihren Ämtern, ersterer wurde Verwaltungsassistent Jilkmann, letzterer Strohasenbeamer Schmidt. Als Kassierer wurde Assistent Hade, als Bibliothekar Fräulein Irmgard Heil neu gewählt. Die drei Kurse, ein Anfänger-, ein Fortbildungs- und ein Praktiker-Kursus, werden mit Jahresbeginn ihre Arbeiten wieder aufnehmen; Leiter sind die Herren Wiffa, Schönfeld und Heine. Nach Durchberatung einiger Anträge, die besonders darauf hinausgingen, die außerordentlichen Mitglieder und Schüler fester an den Verein zu knüpfen, wurden die Steuern für die nächste Zeit auf monatlich 10 Goldpfennige (im Lehrverhältnis Stübende 5 Goldpfennige) festgesetzt und nach dreistündiger Dauer die Hauptversammlung mit den besten Wünschen fürs neue Vereinsjahr geschlossen. — Da es dieses Jahr nahezu unmöglich ist, wie in früheren Jahren ein Stiftungsfest abzuhalten, fand die Preisverteilung über die Wett-schreiben im Anschluß an die Hauptversammlung statt. Die Preis-schreiben fanden in den einzelnen Kursen am 29. Oktober bzw. 2. November statt. Lehrer Wöhe und Oberlehrer Wachel unter-zogen sich in liebenswürdigster Weise des Preisrichteramtes. Im Redefachkurs konnte ein 1. Preis Fräulein Irmgard Heil zu-erkannt werden, die eine sehr gute Arbeit abgegeben hatte. Eine am einen Punkt bessere Arbeit hatte außer Wettbewerb Ver-waltungsassistent Schönfeld geliefert. Im Fortbildungskurs

waren fünf Arbeiten abgegeben worden. Einen 1. Preis erhielt Fräulein Doris Schmidt, einen 2. Fräulein Herta Schulte. Der Anfängerkursus, dessen Aufgabe in einem Schön- und Richtig-schreiben bestand, hatte 18 Preisbewerber. Als beste Arbeit wurden zwei gleichwertige Arbeiten abgeliefert, so daß ein 1. Preis Fräulein Felix und Fräulein Martel Zimmermann, ein zweiter Preis Max Seidel zuerkannt werden konnte. Als Preise konnten sämtlichen Preisträgern gute Bücher ausgehändigt werden. Es geschah dies mit herzlichen Beglückwünschungsworten, gleichzeitig auch mit der Bitte um weiteren Fleiß und Eifer aller Kurstus-besucher.

— Herrliches Wetter war uns am gestrigen Bußtag beschieden und ließ uns noch einmal durch Feld und Wald wandern, ehe uns das Winterwetter an die Stube fesselt. Der rauhe Wind, der sich in den Straßen sichtbar machte, war im Freien nicht zu merken, da schien die Sonne so warm, da war kein Zug. Und im Walde wars so heimlich und warm, daß wohl viele beaverteten, als sie heimzukehren mußten, wobei ihnen dann der ziemlich volle Mond leuchtete. — In der vergangenen Nacht sank das Thermometer auf -3° .

— Verheißungstendenz ist Zweifel laut geworden, ob infolge der Zugelschränkungen der 9-Uhr-Jug noch verkehrt. Die Eisen-bahnstrecke Sainsberg-Kipsdorf ist bisher von Zugelschränkungen nicht betroffen worden, es verkehren noch sämtliche im Fahrplan verzeichnete Personenzüge, also auch der 9-Uhr-Jug, und werden hoffentlich uns auch bleiben. Sollte wirklich eine Einschränkung nötig werden, dann wäre es, das möchten wir schon jetzt betonen, besser, einen völlig neuen Fahrplan aufzustellen, denn die Pausen zwischen den einzelnen Zügen werden sonst zu lang.

— Nach den Preisfeststellungen vom 19. 11. 23 sind vom Sta-tistischen Landesamt folgende Indizes für den Lebenshaltungskosten (1913 = 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) = 888 Milliarden. Gesamtindex ohne Bekleidung = 804 Milliarden. Am 12. 11. 23 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 204 und ohne Bekleidungskosten 202 Milliarden. Vom 12. bis 19. 11. sind mithin die Preise der bei der Teuerungstatistik berücksichtigten Güter um 335,3 bzw. 337,6 v. H. gestiegen. Die bisher vom Säch-sischen Arbeitsministerium veröffentlichte „Punktzahl“ (Steigerungszahl gegenüber Januar 1922 = 1) beträgt für den 19. 11. 1923 17 Milliarden.

— Seitens der staatlichen Elektrizitätswerke waren die Ver-treter der Presse am Montag nachmittag zu einer Besichtigung des Hauptspannwerkes Dresden-Süd eingeladen worden. In länger als anderthalbstündiger Wanderung durch das Werk, zu dem im Jahre 1919 der Grundstein gelegt wurde und das in knapp 3 Jahren erlände, wurde Gelegenheit gegeben, sich zu überzeugen, daß dieser Teil der staatlichen Betriebe zu einer Art Musterwerk ausgestaltet ist, das allen Betriebs- u. v. Forderungen gerecht werden kann. Das Hauptspannwerk Dresden-Süd nimmt den Strom der 100 000 Volt-Leistungen der staatlichen Zentralkwerke Hirschfeld und Lauta auf, um sie für industrielle und private Benützung umzuformen und in die Städte und Orte des Bezirks abzugeben. Alles in allem: man nahm die Ueberzeugung mit nach Hause, daß die staatlichen Elektrizitätswerke aus kleinen Anfängen zu einem Betriebe angewachsen sind, die nach Größe und Voltzahl nur von amerikanischen Betrieben (Niagarawerke usw.) über-troffen werden. Das Netz ihrer Leitungen überprägt heute schon einen Teil unseres Vaterlandes, das sich von Berlin im Norden, Götting im Osten, Leipzig im Westen und bis tief in die Tschecho-Slowakei im Süden ausdehnt.

— Von einer Dresdner Korrespondenz ist eine Meldung ver-breitet worden, wonach in Sachsen 7773 Beamte vom Beamten-abbau betroffen werden sollen. Von amtlicher Seite wird dazu mitgeteilt, daß diese Meldung jeglicher Grundlage entbehrt. Die Regierung beabsichtigt, die Angelegenheit durch ein besonderes Gesetz zu regeln, dessen Vorbereitungen sich aber noch im An-fangsstadium befinden. Beschlüsse über den Abbau sind von der Regierung noch nicht gefaßt worden. Das genannte Zahlen-material, auf das sich die Angaben jener Notiz stützen, ist unzu-länglich, da für Sachsen ganz andere Verhältnisse zu berücksich-tigen sind, wie beim Beamtenabbau im Reich, so z. B. auf dem Gebiete der Polizeiverwaltung, der Forstverwaltung und der staatlichen Betriebe. Die betreffende Debatte hat sich die Sache sehr leicht gemacht und die im Haushalt verzeichnete Beamten-zahl durch vier geteilt und analog dem 2/3prozentigen Beamten-abbau im Reich auf die gleichen Verhältnisse in Sachsen ge-folgt.

— Das Wehrkreiskommando teilt mit: Das Wehrkreiskom-mando hat bereits am 17. 11. 23 bekannt gegeben, daß die säch-sische Staatspolizei auf überparteiliche Grundlage gestellt wird. — Im Zusammenhang damit sind unter Berücksichtigung ihrer An-schauung und bisherigen Betätigung folgende Beamte und Polizei-offiziere des Polizeipräsidiums Dresden bis auf weiteres ihrer Dienststellen entbunden worden: Polizeipräsident Menke, Polizei-major Anisch, Polizeihauptmann Schneidbach, Polizeihaupt-mann Reigel, Polizeihauptmann Hoffer und Polizeikommissar Schmidt. Ebenso sind 3 Regierungskommissare von der Landes-zentrale für Nachrichtenwesen bzw. von der Bezirksnachrichtens-telle Dresden, sowie 10 Regierungsräte von einzelnen Bezirks-nachrichtensstellen des Landes ihrer polizeilichen Tätigkeit entbunden.

— Nach einer aus Leipzig eingegangenen Meldung hat der Justizminister Neu, ein Genosse des ehemaligen Ministerpräsidenten Jeigner, die Untersuchung gegen den Letzgenannten dem die Sache bisher bearbeitenden Staatsanwalt Fiedler abgenommen und den Oberstaatsanwalt Schlegel mit der Fortführung der Untersuchung beauftragt. Die dadurch erweckte Vermutung, daß eine Verschlei-terung des Verfahrens beabsichtigt sein könnte, wird von dem Justiz-minister einem Vertreter der Zeitung gegenüber wie folgt wider-legt: Die Untersuchung ist bei der Wichtigkeit und Bedeutung der gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Jeigner erhobenen Beschuldigungen allerdings dem die Angelegenheit bisher bear-beitenden Staatsanwalt abgenommen und dem tüchtigsten und klüg-sten Staatsanwalt, und das ist der Oberstaatsanwalt, übertragen worden. (Nach unseren Erkundigungen ist Oberstaatsanwalt Schlegel politisch nicht organisiert, jedenfalls ist er kein Genosse Jeigners und auch nicht etwa von diesem für sein Amt berufen worden. D. Red.) Der Justizminister fuhr fort, er habe das ureinstige In-

teresse, daß die Angelegenheit ohne jede Rücksicht auf die Person des ehemaligen Ministerpräsidenten Jeigner durchgeführt werde. Restlose Aufklärung des Falles und bei Schuldigbefund die ent-sprechende Bestrafung könne nur im Interesse des Justizministe-rums liegen, das ganz objektiv und unbefangt die amtlichen Maßnahmen treffe, um die sächsische Justiz vor einem Skandal zu bewahren. Ueber die bisher nicht erfolgte Verhaftung des ehe-maligen Ministerpräsidenten befragt, erklärte der Justizminister, daß die Strafprozessordnung allerdings bei jedem Verbrechen Flucht-verdacht als gegeben ansehe und Verhaftung vorschreibe. Das sei früher Schema gewesen, in letzter Zeit jedoch seien diese Vor-schriften wesentlich milder in Anwendung gebracht worden. Sache des Oberstaatsanwalts sei es, nach dem Ergebnis der Untersuchung gegebenenfalls einen Haftbefehl zu beantragen, das Justizministe-rum werde im allgemeinen in die Angelegenheit nicht weiter ein-greifen. — Wie Telunion später aus Dresden erfährt, ist die Ver-haftung in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch auf Ver-anlassung des Oberstaatsanwalts erfolgt.

Freital. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Montag in Döhlen. Ein mit Kohlen Schlamm beladener Handwagen konnte auf dem abschüssigen Wege an der Schlammhalde von dem die Weichsel fahrenden Knaben nicht mehr gehalten werden. Der Junge stürzte hin, und der vollbeladene Handwagen ging ihm über beide Beine, diesen schwere Verletzungen zugefügend.

Sachsen. Der 34jährige Fabrikarbeiter Otto Paul Mehnert hatte sich vor dem Schwurgericht wegen des Verdachts, seine im Juni d. J. geborene Tochter ermordet zu haben, zu verantworten. Die Verhandlung nahm eine unerwartete Wendung. Der Ver-treter der Anklage stellte den Antrag, Frau Mehnert sofort in Haft zu nehmen, weil sie dringend verdächtig erscheine, entweder allein, oder gemeinschaftlich mit ihrem Ehemann ihr Kind vor-sätzlich und mit Ueberlegung umgebracht zu haben. Frau Mehnert wurde verhaftet und die Verhandlung auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Oberwartha. Durch das Entgegenkommen der hiesigen Land-wirte und des Bäckers ist es ermöglicht, daß den in der Gemeinde ansässigen Klein- und Sozialrentnern, Invaliden, unbemittelten Pensionären, Erwerbslosen und Kurzarbeitern wöchentlich je ein Vierpfundbrot zu erheblichen verbilligten Preisen verabreicht werden kann. Ferner haben die Landwirte in der Gemeinde sich bereit erklärt, die für die Beheizung der Schule des Ortes von Weib-mädchen bis Ostern erforderlichen Brennmaterialien unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, damit der Unterricht in der Schule und der Fortbildungsschule für Mädchen in vollem Umfange durch-geführt werden kann.

Leipzig. Durch die Polizei ist hier eine Genossenschaft kleiner Diebe ermittelt worden. Es sind dies zwei Mädchen und zwei Knaben, Kinder zweier am Döfener Weg wohnenden Familien. Die Kinder suchten stark besuchte Geschäfte in der Windmühlen-straße und in der Markthallenstraße auf und stahlen dort den Kunden aus ihren Taschen Briefstaschen und Geld. Stieben bis acht Fülle gaben sie zu. Das Geld wurde geteilt und in Kästchen angelegt.

Glauchau. Hier fand unter dem Protektorat der Gräfin von Schönburg-Glauchau ein Opfertag statt. Bis her wurden durch Sammlungen rund 500 Millionen Mark aufgebracht, die bereits wertbeständig, teils in Waren, teils in wertbeständigem Gelde angelegt sind. Außerdem wurden noch 500 Zentner Kohlen und 400 Zentner Kartoffeln eingesammelt, ferner volle Kisten mit Margarine und anderen Lebensmitteln, die einen Wert von vielen hundert von Millionen darstellen.

Lagau. Schwer verletzt wurde durch ein ausfallendes Pferd ein Knabe in Oberlagau. Er hatte trotz Warnung das Tier am Hinterengel streicheln wollen und erhielt dabei einen solch wuch-tigen Schlag ins Gesicht, daß er schwer verletzt in das Kranken-haus gebracht werden mußte.

Kannberg. Der Schornsteinfegergehilfe Lippmann wurde vom Schöffengericht zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei einer Erwerbslosenversammlung vor dem Rathause behrte er die Menge zum Sturm und zum Eindringen ins Rathaus. Er schwerend stieß ins Gemäch, daß Lippmann seine sichere Arbeits- und Brotstelle hatte.

Kannberg. Eine Verhaftung mit Hindernissen mußten zwei Polizeibeamte vornehmen. Sie hielten ein Geschütz an, das ohne Beleuchtung fuhr und, wie sich herausstellte, von einer Schank-stätte widerrechtlich weggefahren worden war. Der Rasteliker, ein Tische aus Weipert, leistete durch Schlägen und Stößen bei seiner Stillung Widerstand, in dessen Verlauf ein Beamter zu Boden stürzte und eine Gehirnerschütterung erlitt. Zwei Vorüber-gende, die am Unfallort gebeten wurden, lebten die Hilfe ab.

Kirchberg. Die Bauarbeiter der Firma Wolf, die am 15. 11. in den Streik getreten waren, haben am 17. die Arbeit wieder aufgenommen. 50 Personen blieben ausgesperrt. Den Anlaß zum Streik gab die Forderung auf Nachzahlung von 5 Millionen M., die die Firma abgelehnt hatte. Ein Vermittlungsversuch der Ge-werkschaften war von den unter kommunistischem Einfluß stehen-den Streikenden abgelehnt worden.

Planen i. V. Der Verschönerungs- und Gemeinnützige Verein Jacheta macht folgendes bekannt: Unser Verein hat stets größte Anstrengungen gemacht, Wanderern und Sommerfrischlern die Schönheiten des Tries- und Elbertales zu erschließen. Robuste Fortbewegungsweg und sich immer wiederholende Diebstähle machen jede Arbeit zum Aufwand. Der Verein ist infolgedessen nicht mehr in der Lage, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Er muß zu seinem Leidwesen Wege, Geländer, Bänke und Wegeweiser verfallen lassen. Fußwege, die ohne Schutzvorrichtungen nur unter Gefahr zu begeben sind, müssen eingezogen werden, bis gemeinnützige Einrichtungen von der Allgemeinheit wieder pflegerisch behandelt werden.

Vermischtes.

* Wahrspruch: Es mag ein Staatsmann vieles sagen, Was richtig, klug und weise ist, Doch bleibt die wichtigste der Fragen, Die keiner ungefragt vergißt, Bei jedem Volk zuletzt der Magen.

Papiermark — Rentenmark — und dann?

(Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.)

Seit einigen Tagen ist die Rentenmark im Verkehr aufgetaucht. Zögernd zwar noch und vereinzelt, viel zu langsam für die Ungebuld des durch die Papiermark-inflation ausgepowerten Volkes, und von vielen mit Mißtrauen begrüßt. Man hatte sich den Übergang anders vorgestellt. Man hatte ihn früher erwartet, und man hatte geglaubt, wenn die Rentenmark einmal le, würde die Papiermark und das Bange um den Dollarkurs über Nacht beseitigt sein. Vielleicht ist es gut gewesen, daß man so lange gezögert hat, vielleicht sind Schäden durch die Verzögerung entstanden, die die Rentenmark nicht mehr gut machen kann. Wie dem auch sei, nun ist die Rentenmark da, und man sollte einen Strich unter das Gewesene machen und alle Kräfte und alle Erfahrungen aus der bitteren Zeit des Nullenrausches und der Papiermarkherrschaft darauf konzentrieren, der Rentenmark Lebenskraft zu geben. Man wird viel Kraft dazu gebrauchen, denn sicher ist von dem, was notwendig ist, um die Rentenmark zu einer stabilen Währung zu gestalten und um einen dauernden Wert des neuen Geldes zu behaupten, erst das allerwenigste geschehen.

Noch steigt das Defizit des Reiches von Tag zu Tag. Noch hat die Reichsbahn abermals gewaltige, von Tag zu Tag steigende Freibeträge trotz der Goldmarktarife zu verzeichnen, und mußte sogar im Auslande Kredit aufnehmen und Bergwerksbesitz verpfänden, um ihre Kosten bezahlen zu können. Noch steht die Rentenpresse nicht. Zwar werden keine neuen Schatzwechsel mehr diskontiert, aber immer noch ist die Reichsbank und ein nicht unbedeutender Teil der Papiergelddruckereien beschäftigt, um die bisherigen Diskontierungen zu erledigen. Noch ist der feste Umwechslungskurs von Papiermark in Rentenmark nicht bekanntgegeben, und zwar, wie halbamtlich verlautbart wurde, weil sich noch nicht absehen läßt, wie hoch der endgültige Papiermarkkurs sein wird. Schon aber sind dreihundert Millionen Rentenmark von dem Reichskredit bei der Rentenbank in Anspruch genommen. Noch steht der Dollarkurs in Berlin unter dem Kurse, der sich nach der ausländischen Bewertung der Papiermark ergibt, und noch herrscht demzufolge in der Preisbildung ein wildes Chaos. Die Folgen aller der Maßnahmen, die unbedingt notwendig sind, um nunmehr wirklich in allerzürzester Frist die Ausgaben des Staates ganz gewaltig zu verringern und gleichzeitig die Einnahmen zu steigern, um die Erzeugung der Privatwirtschaft zu steigern und gleichzeitig durch Verbilligung des Erzeugungsabganges eine wettbewerbsfähig zu machen und eine Steigerung der Ausfuhr zu ermöglichen, werden sich erst in den nächsten Wochen zeigen. Schon stehen bei uns die Preise fast durchweg auf einem mehrfachen der Vorkriegsgoldpreise, schon steigen die Arbeitslosenziffern zu geradezu ungeheuerlichen Prozentzahlen der Bevölkerung.

Es verlohnt sich in solcher Situation, die Erfahrungen der Länder vor Augen zu halten, die nach ähnlichen Räten die gleichen Sanierungsversuche durchgemacht haben wie wir. In Österreich, der Tschechoslowakei und Rußland haben wir in den letzten zwei Jahren die gleichen Versuche zur Schaffung einer neuen Währung oder zur Stützung einer Währung gleichzeitig von der Wirtschaft und von der Geldseite her beobachten können. Diejenigen, die bei uns immer noch glauben, auf dem Weg der Kompromisse und der Interessentpolitik jeder Branche und jeder Interessentengruppe eine Währungsanierung durchzuführen zu können, sollten aus dem Beispiel dieser Länder lernen. In allen Fällen ist die Zeit des Intraffretens einer neuen Währung eine Zeit allerstärkster Arbeitslosigkeit gewesen, eine Zeit, in der man sich trotz dieses Elends der Arbeitermassen zu sehr hartem und unsozialen Maßnahmen entschließen mußte, dadurch, daß man rücksichtslos zur Verbilligung der Verwaltung und der Erzeugung weiterer Massen der Arbeitslosigkeit anheimsinken ließ. Die Schließung großer Werke, die Stilllegung ganzer Branchen in Böhmen wie in Rußland und der gewaltige Beamtenabbau in Österreich, alle mit der größten Schärfe durchgeführt, sind wesentliche und unentbehrliche Bestandteile dieser Währungspolitik gewesen. Alle diese Länder sind aber auch in der Zeit der Währungsanierung in Krisen gewesen, deren Preise weit über den Weltmarktpreisen lagen. Das eine also wissen wir sicher, daß das Gelingen des Planes, den die Rentenmark vorläufig für uns repräsentiert, uns zunächst eine neue Krisenzeit bringen wird, die an Entbehrung und Verarmung noch weit über dem allen steht, was wir in den letzten Monaten erdulden mußten. Es liegt an uns selbst, ob diese Krise schärfer sich auswirken wird, als sie es unbedingt muß. Wenn wir beispielsweise so wirtschaften wie augenblicklich, so genügt der gesamte dem Reich aus Mitteln der Rentenbank zugebilligte Kredit gerade für drei Monate, und wir stehen nach drei Monaten vor der Frage, die Rentenmark den gleichen Weg gehen zu lassen, den die Papiermark ging. Die Rentenmark selbst aber ist nur ein Anfang. Sie ist nicht für den Verkehr mit dem Auslande bestimmt, und sie kann es gar nicht sein, weil das die Verpfändung deutschen Privatbesitzes an das Ausland und die Schaffung einer dauernden Zinsenlast zugunsten des Auslandes bedeuten würde, während im Inlande neuer Zahlungsmittelmangel droht. Für den Verkehr mit dem Auslande muß die Goldnote kommen, die in überhaupt nicht anzweifelbarer Form in barem Gold und Devisen gedeckt und einlösbar ist, und diese Goldnote muß bald kommen. Daß sie möglich ist, haben Bremen, Hamburg und Baden bewiesen, die in Devisen gedecktes und einlösbares wertbeständiges Geld schufen und denen dadurch in

kurzer Zeit erhebliche Devisenbeiträge zugeflossen sind. Zuletzt, wenn es gelungen ist, den deutschen Etat und die deutsche Wirtschaft zu balanzieren, muß diese Goldnote ja auch die Rentenmark ablösen.

G. M.

Anhörung der deutschen Vertreter am Freitag.

Die Vertreter der deutschen Regierung werden am Freitag dieser Woche die in der Note vom 24. Oktober in Aussicht gestellten Erklärungen über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage vor der Reparationskommission in Paris abgeben.

Vor der Entscheidung.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)

Im Parlament herrscht seit Dienstag früh allgemein die Meinung, daß die Lage des Kabinetts Stresemann außerordentlich kritisch geworden sei. Zunächst hat nämlich die Sozialdemokratie beschlossen, ein eigenes Mißtrauensvotum gegen das Kabinett einzubringen. Im Mittelpunkt dieses Mißtrauensvotums wird voraussichtlich die von der Reichsregierung bekanntlich bisher abgelehnte sozialdemokratische Forderung nach Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes im Reich stehen. Insbesondere steht sich die Sozialdemokratie, wie es heißt, auch durch die aus dem Ausnahmezustand erwachsene Situation in Sachsen und Thüringen zu einer oppositionellen Haltung veranlaßt. Ebenso gibt die Haltung der Reichsregierung in der bayerischen Frage den Sozialdemokraten Anlaß zum Widerspruch.

Vor Beginn der entscheidungsvollen Plenarsitzung am Dienstag herrschte in den Wandelgängen bereits lebhaftes Unterhandeln zwischen den einzelnen parlamentarischen Gruppen. Die Fraktionen der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Demokraten waren zu Sitzungen zusammengetreten.

Die Deutschnationalen traten vormittags zu einer von beiden Fraktionen der Parlamente besuchten Sitzung zusammen, in der die Entschlossenheit zum Ausdruck kam, eine Klärung der politischen Situation mit allen Mitteln zu erzwingen. Wie die Maßnahmen im einzelnen beschaffen sein werden, läßt sich vorläufig noch nicht sagen, dagegen dürfte wohl kein Bedenken bestehen, das Mißtrauensvotum der Sozialdemokratie, wie es auch aussehen möge, zu unterstützen.

Streik und Plünderungen im Waldenburger Gebiet.

Die Revierkonferenz des niederschlesischen Steintohlenbezirks hat den Schiedspruch des Reichsarbeitsministers über die Lohnregelung mit 259 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Ein wilder Streik der Bergarbeiter der beiden Gruben des Rodenbacher Reviers, der bereits am Donnerstag ausbrach, hat sich am Freitag weiter ausgebreitet und zeigt Anlage, den ganzen Waldenburger Bezirk zu ergreifen. Auch Dienstag früh sind die Belegschaften nicht angefahren. Die Rostbandarbeiten werden verrichtet. Wie in einer am Sonnabend abgehaltenen Konferenz der Betriebsräte mitgeteilt wurde, wird der Streik nur auf einzelnen Zechenanlagen von den Organisationen geleitet.

In der Nähe von Gottesberg ist es auf dem Lande zu schweren Plünderungen gekommen. Ein Trupp von 200 halbwüchsigen Burschen aus Waldenburg plünderte einige Dörfer planmäßig aus. Jedes Gehört wurde heim gesucht. Schutzpolizei aus Liegnitz stellte am Abend die Ordnung wieder her. In Waldenburg und Alt-Dessau entstanden wiederholt Ansammlungen, die die Polizei auseinanderreiben mußte. Eine große Anzahl von Personen wurde festgenommen.

Gelegentlich einer Protestkundgebung Erwerbsloser kam es auch in Neusalz zu großen Tumulten, die es notwendig machten, Schutzpolizei aus Grünberg und Stogau herbeizurufen. Die Menge schlug mehrfach die Fenster Scheiben der Fleischläden ein und raubte die ausgelegten Waren. Dann kamen Konfektionshäuser an die Reihe, später auch Gastwirtschaften und Modewaren-geschäfte. Die Ortspolizei war machtlos. Als Schupo in Lastautos erschienen war, mußte sie, um die Menge zurückzudrängen und die Straßen räumen zu können, zunächst Schreckschüsse mit einem Maschinengewehr abgeben. Als das nichts nützte, warfen die Beamten Handgranaten, durch die nach den bisherigen Feststellungen sieben Personen verletzt wurden. Ein starkes Kommando der Schutzpolizei ist jetzt in Neusalz stationiert; man rechnet auch mit dem Eintreffen von Reichswehr.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Frachtkundung für Hausbrandkohle. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle zu erleichtern, hat der Reichsverkehrsminister, auf Beschluß des Reichskabinetts, sich bereit erklärt, die Frachten für Hausbrandkohle mit 25 Prozent für die Höchstbauer eines Monats, längstens bis 31. Dezember d. J., auf Goldbasis zu runden. Anträge sind an die Reichsbahndirektionen zu richten, die entsprechend angewiesen sind.

Kompromiß-Beschluß der Botschafter-Konferenz.

Die Botschafterkonferenz hat zwei Sitzungen abgehalten, in denen sie programmäßig über die Wieder-

aufnahme der Militärkontrolle in Deutschland und der Wiederverkehr des deutschen Kronprinzen beriet, ohne daß es ihr gelungen wäre, zu einer Entscheidung zu gelangen. Es soll aber eine Kompromißformel gefunden worden sein, die allerdings noch der Zustimmung aus London bedarf. Sie lautete ungefähr:

Die Verbündeten richten in der Kronprinzen-Frage an Deutschland ein Schreiben, in dem der Gedanke ausgesprochen wird, seine Abwesenheit bedeute eine Gefahr für den Frieden. Sie drohen nicht mit „Sanktionen“ und verlangen auch nicht direkt die Auslieferung des Kronprinzen oder dessen Verbannung. In einem zweiten Schreiben verlangen die Alliierten von Deutschland unter gewissen, noch genauer anzugebenden Bedingungen die sofortige Wiederaufnahme der Militärkontrolle. Aber auch hier werden keine Gewaltmaßnahmen angedroht, dafür aber eine umgehende Antwort Deutschlands verlangt. Außerdem behalten sich die Verbündeten bei einer nichtbefriedigenden Antwort der Reichsregierung vor, später weitere Beschlüsse zu fassen.

Diese Formel wurde vom englischen Botschafter seiner Regierung telephonisch weitergegeben und dabei von diesem in London angefragt, ob Baldwin die ins Auge gefaßten Entschlüsse annehmen wolle. Man erwartet in Paris bestimmt, daß die Einigung zustande kommt.

Reichsbankpräsident Havenstein †.

Der Reichsbankpräsident Havenstein ist in der Nacht zum Dienstag einem Herzschlag erlegen. Havenstein war vor einigen Tagen an der Grippe erkrankt.

Ezzellenz Havenstein, der Sohn eines Juristen, hatte sich in seiner Jugend gleichfalls dem juristischen Studium gewidmet. Im Jahre 1875 war er zum Referendar ernannt worden und war in den Jahren 1887 bis 1890 als Amtsrichter in Arnswalde tätig. Im Anschluß hieran wurde er als Geh. Finanzrat und vortragender Rat in das Finanzministerium berufen. Im April 1896 erfolgte seine Ernennung zum Geh. Oberfinanzrat, und am 31. März wurde er zum Präsidenten der Seehandlung, der nunmehrigen Preussischen Staatskasse, delegiert. Das Jahr 1908 sah ihn dann an der Spitze der Reichsbank, die er somit 15 Jahre ununterbrochen geleitet hat.

Die Nachricht vom dem plötzlichen Ableben dieses Mannes wird bei allen denen, die ihn näher kannten und seine hervorragenden Charaktereigenschaften zu schätzen mußten, tiefste Teilnahme hervorrufen. Aber auch wohl selten hat die Kritik so scharf wie bei dem Verstorbenen eingeseht. Zur Würdigung seiner Tätigkeit ist daran zu erinnern, daß diese drei Stadien, nämlich die Friedens-, die Kriegs- und Nachkriegszeit durchlaufen hat. Die an sein Können und seine Fähigkeit gestellten Ansprüche und Anforderungen waren in allen dreien außerordentlich groß, und es war nicht zu verkennen, daß Havenstein, dem der Ruf eines klugen finanzpolitischen Kopfes vorausging, sich ihnen mit ungewöhnlichem Eifer widmete und sie zu meistern suchte.

Ludendorff als Ankläger Loffows.

Von einer von General Ludendorff autorisierten Seite erhält die T. U. folgende Zuschrift: „Die Münchener Berichte schweigen sich darüber aus, daß schon im Oktober General von Loffow die Verbindung mit General Ludendorff aufgenommen hat, weil er glaubte, dessen Namen bei einem Konflikt mit Berlin notwendig zu haben. Am 7. November war Loffow bei Ludendorff und sprach ganz bestimmt aus, daß er, Raht und Seifer zum Schlagen entschlossen wären. Das gleiche wiederholten die drei Herren am Donnerstag nachmittag 4 Uhr. Es fehlten ihnen nur noch einige Herren aus dem Norden“. Auch anderen Herrern gegenüber hat sich General von Loffow in genau gleicher Sinne geäußert. Die Namen dieser Herren können genannt werden, wie z. B. Graf Hellendorff-Wolmirstedt. Diese Vorgänge müssen bekannt sein, um zu verstehen, daß General Ludendorff den Hauptlag Rahr, Loffow und Seifers im Bürgerbräukeller als wahrhaftig ansah.

Deutscher Reichstag.

(391. Sitzung.) Berlin, 20. November.

Bei Beginn der Sitzung war das Haus nicht so stark besetzt wie sonst in kritischen Tagen. Nur die Tribunen waren voll besetzt. Zunächst widmete der Präsident nach Eröffnung dem verstorbenen Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein und dem Zentrumsabgeordneten H. D. H. eine kurze Rede, bei denen sich die Abgeordneten von den Plagen erhoben. Dann machte er Mitteilung über die Verhaftung und

Verhaftung des Zentrumsabgeordneten Dr. Raas durch die Separatisten und teilte mit, daß der deutsche Protest gegen diese Gewalttat von der französischen Besatzungsbehörde nicht beantwortet worden ist. Dann mußten gemäß der Tagesordnung zunächst einige kleinere Gegenstände, betreffend auswärtige Verträge und wirtschaftliche Fragen, erledigt werden, ehe man in die politische Aussprache eintreten konnte.

Bei dieser beantragte zunächst der Kommunist Roemer, daß, entgegen den getroffenen Abmachungen, der Reichstagsler unbedingt als erster Redner über seine Politik Rechenschaft ablegen solle. Ein Verlesungsantrag der Kommunisten wurde jedoch abgelehnt.

Rummehr ergriff als erster Redner in der politischen Aussprache der sozialdemokratische Abgeordnete Weis das Wort und bedauerte auch seinerseits, daß die Regierung nicht mit einer eigenen Erklärung die Debatte eingeleitet habe. Er wies darauf hin, daß es sich jetzt im Vergleich

Die letzten Reichstagsdebatten um eine neue Regierung haben, denn inzwischen sind die Sozialdemokraten aus dem Kabinett ausgetreten. Das Unterlassen dieser Proklamierung dürfte als ein Mangel an Kraftgefühl bei der Regierung angesehen werden. In der jetzigen kritischen Lage hatten die Feinde der deutschen Republik ihren Schwanz in Poitiers. Dann dankte der Redner der englischen Arbeiterpartei für ihre Kundgebung, in welcher die französische Politik verurteilt wurde. Wir wenden uns deshalb gegen eine Politik der bürgerlichen Sonderinteressen, die mit einer vorübergehenden Preisgabe der besetzten Gebiete

spielt, und wünschen den Grundsatz der einheitlichen Reichsgewalt auch über Bayern. Gegenüber der Verhöhnung des Herrn von Raab und seiner Spießgesellen in Bayern spielte der Reichskanzler die Rolle des hilflosen Zuschauers. Wir fragen den Reichskanzler: „Haben die republikanischen Arbeiter und reichstreuen Bürger Bayerns keinen Anspruch auf den Schutz des Reiches? Niemals ist die Schwäche der Regierung und ihr mangelnder guter Wille so klar hervorgetreten als in der schwächlichen Politik gegenüber den Verfassungsbrüchern des Herrn von Raab. Der jetzige Belagerungsstand ist eine Schande für Deutschland.“

Wir können einer Regierung das Vertrauen nicht geben, die diese Entwicklung der Dinge zu verantworten hat.

Der Reichskanzler trägt auch für das verfassungswidrige Vorgehen des Reichskommissars Dr. Heine gegen die bayerische Regierung die Verantwortung. Die Lösung der Währungsfrage darf nicht auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgen. Wir verwarfen uns gegen das anmaßende Auftreten des Verwaltungsrates der Rentenbank. Dieser hat politische Forderungen aufgestellt. Der Reichskanzler und der Finanzminister haben die Rentenbank als eine Art oberster Kontrollbehörde anerkannt. Das verstößt gegen die Verfassung. Wir warnen vor einer verfehlten Preisgabe des Rhein- und Ruhrgebiets. Die Verhandlungen zwischen den Industriellen und den Besatzungsbehörden vollziehen sich leider im Halbdunkel ohne Kontrolle. Der Reichskanzler bricht das Reichsrecht, wenn er die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung für das Rheinland ablehnt. Wir wenden uns gegen die von den Deutschnationalen vertretene Idee eines kleineren Deutschlands und wollen gegen die Reichsverderber für ein einheitliches freies Deutschland kämpfen.

Abg. Dr. Hergt (Deutschnat.). Wir bedauern außerordentlich, daß der Reichskanzler nicht diese Besprechung mit einer Rede eingeleitet hat, in der er für sein neues Kabinett die Vertrauensfrage stellte. Das Kabinett ist nicht einmal vollständig. Der Kanzler hat sich in dem Rebe des Ermächtigungsgesetzes selbst gefangen. Er hat sein Amt als Kanzler der großen Koalition angetreten.

Das Kartenshaus der großen Koalition ist gefallen, und nun muß der Reichskanzler nach.

Das Kabinett hat nur Mißerfolge gehabt, man kann zu ihm kein Vertrauen haben. Ein völliger Kurswechsel ist erforderlich. Es mußte längst dafür gesorgt werden, daß die Sozialdemokraten so wie im Reich auch in Sachsen und in Thüringen verschwinden. Die marxistischen Hemmungen haben den Reichskanzler dazu bestimmt, aus seinem Aufrufe zur Sammlung die Deutschnationalen auszunehmen. Die Sozialdemokraten stehen nach ihrem Austritt aus dem Kabinett aber nicht a. D., sondern z. D. Schon diese nicht beseitigten marxistischen Einflüsse nötigen uns zum

Mißtrauen gegen das jetzige Kabinett. In der Frage des Achtsundentages hat die Regierung zwar Ansätze zur Tat gemacht, aber sie hat nichts aus-

zuweisen lassen, und so stehen wir nach dem Ablauf der Demobilisierungsverordnungen vor einem leeren Raum. In der Währungsfrage vermissen wir die einheitliche Linie. Zum Währungskommissar ist ein ausgesprochener Feind der neuen Rentenmark bestellt worden. Die Behandlung der Frage des besetzten Gebietes hat die Regierung von Mißerfolg zu Mißerfolg geführt. Dieselbe Partei, die beim Abbruch des passiven Widerstandes die Zahlungseinstellung für das besetzte Gebiet verlangte, nimmt jetzt den entgegengesetzten Standpunkt ein. Das ist nicht logisch. Wir haben damals den Abbruch aller Verhandlungen mit Frankreich gefordert. Die Regierung hat anders gehandelt. Sie hat den deutschen Stellen im Ruhrgebiet ständig wechselnde Direktiven gegeben. Wir verlangen vom Reichskanzler eine

unzweideutige Erklärung über die geplante Politik im besetzten Gebiet.

Wir sind auch für Verhandlungen, aber nicht mit Frankreich allein, sondern mit allen Alliierten. Frankreichs Politik wird sich ändern, wenn Deutschlands Politik endlich einmal den Charakter der Schwäche verliert. Eine Reichsregierung, wie wir sie uns denken, würde sich von allen Forderungen fernhalten. Wir denken nicht daran, eine einseitig deutsch-nationale Regierung zu fordern, sondern eine denkbar weit nationale Einheitsfront. Wir wollen nicht den Feuerbrand in Europa entfachen, aber wir wollen auch einen und auf gezwungenen Kampf furchtlos bestehen. Wir wollen keine einseitige kapitalistische Vorherrschaft und wollen der Arbeiterschaft die ihr gebührende Stellung einräumen. Das jetzige parlamentarische System ist dem deutschen Volke nicht angemessen. Die von uns verlangte nationale Regierung wird aber auch nicht ganz ohne Parlament und Parteien regieren. Wir wollen eine Regierung, die das Vertrauen der nationalen Verbände und der nationalen Jugend hat. Die bayerische Frage ist eine deutsche Frage. Raab hat wie Bismarck die Reichstreue über alles gestellt. (Gelächter links.) Wir müssen bei einem Regierungswechsel dafür sorgen, daß Männer dieser Art uns das neue Deutschland bringen.

Zwischenfall und Vertagung um eine Stunde.

Als nunmehr der Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort erhalten sollte, verlangte der Abg. Koenen (Komm.) das Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident verweigerte das, und der Abg. Koenen rief: „Ich will dagegen protestieren, daß die Polizei im Hause ist. Dieser Jurist rief große Erregung bei den Kommunisten hervor. Abg. Kemmle fing laut zu protestieren an und war durch die Ermahnungen des Präsidenten in seiner Weise zur Ruhe zu bringen. Er schlug heftig mit der Faust auf den Tisch und benahm sich derartig, daß der Präsident ihn unter Berufung auf die Geschäftsordnung von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausschloß. Da aber Abg. Kemmle der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht Folge leistete, sah sich der Präsident gezwungen, die Sitzung abzubrechen und die Weiterberatung auf eine Stunde später anzusetzen.“

Die zweite Sitzung.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, erklärte er zunächst, warum er schon seit Monaten Kriminalpolizei in den Reichstag bestellt habe. Das sei darauf zurückzuführen, daß Drohungen gegen Mitglieder des Hauses und der Regierung ausgeübt worden seien, gegen die er Schutzmaßnahmen einleiten mußte.

Dann sprach der Kommunist Koenen zur Geschäftsordnung, indem er diese Maßnahme des Präsidenten erneut scharf bekämpfte, während nach ihm der Sozialdemo-

krater nach oben zu retten. Gerade darum galt es

fast Blut zu wahren. Gelassen sprach er nach unten gegen das Ruf: „Alle Köpfe fertig!“

Der Steuermann sprang von der Leiter auf den Stahlfloßboden. Gleichmäßig wie die des Kommandanten gab seine Stimme zurück: „Erstes — zweites Rohr — fertig!“

Also war durch einen Druck Wasser eingelassen und die Ausschubpatrone mit Preßluft gefüllt. Der Kommandant konnte dem Wachoffizier sagen: „Zu versuche, zwischen dem ersten und zweiten Perforator durchzukommen.“ Dann befehl er ins Sprachrohr: „Beide Maschinen elektrisch.“ Das Rärmen der Motoren konnte verraten. Auch mußte das Boot jetzt lauchklar sein.

„Wie schätzen Sie die Entfernung, Dreifner?“

Der Oberleutnant hatte schon überlegt: „200 bis zum Perforator, 1600 zu den Dampfzern.“

„1600 scheint mir zu weit, ich sage 1500 und — beide Maschinen große voraus!“ Den Kopf über das Auf beugend, rief er den Rudergänger an: „Auf 350 Grad gehen.“

Wulfin drehte sein Rad mit einem Schmunzeln. Er hatte nur den Kompaß vor Augen, aber wußte, daß Reute winkte.

Im rechten Winkel lief U. 444 auf den Geleitzug zu. Klarer standen schon die Silhouetten von Dampfzern und Bewachern vor dem hellen Wellenschiefer. Dreiwitz glaubte die Zeit zum Feuern gekommen: „Alles einsteigen bis auf den Wachoffizier!“

„Nr. 1 und Kern steuert ins Luf. U. 444 lief weiter. Leise sangen die Motoren.“

„Dreifner steigen auch Sie ein!“

Voraus lag jetzt auf eine Entfernung von 900 Metern an Bord der vorderen und an Steuerbord der zweiten Perforator. Nicht sie dachte Dreiwitz zu treffen. Gewiß hätten seine Schiffe dann ein hallendes Echo in den Tagesberichten geweckt. Doch ausgetischt war er, um Tonnage zu vernichten, und wartete darauf, bis ein Handelsdampfer, der dritte von der Spitze, in seine Ziellinie wanderte. Näher, näher, immer näher kam der Raufen dem erwünschten Punkt. Jetzt war er fast dort, und Dreiwitz rief mit langsamem Dehnen der Worte: „Erstes Rohr!“

Um zu sagen, daß er verstanden habe, wiederholte der Steuermann, der unten den Daumen auf einen Druckknopf legen mußte: „Erstes Rohr!“ Da schnitt die Nase des dritten Dampfzerns die Ziellinie. Rasch vollendete Dreiwitz das Kommando: „Los!“

Leicht wippte sein Boot beim Absprung des todtragenden Silberfisches.

„Steuerbord wach!“ aebot er, um das Fahr-

trat Dittmann im Namen seiner Fraktion erklärte, daß dies Vorgehen des Präsidenten Loeb in vollem Umfang billige.

Ehe nunmehr der Reichskanzler das Wort ergreifen konnte, sah sich der Präsident zu der Feststellung genötigt, daß der vorher von ihm ausgewiesene kommunistische Abg. Kemmle sich noch immer im Saale aufhielt. Er forderte ihn erneut auf, das Haus zu verlassen, und als der Abg. Kemmle dieser Aufforderung erneut keine Folge leistete, schloß der Präsident die Sitzung und beauftragte die Weiterberatung auf Donnerstag an.

Inland und Ausland.

Eine Privatklage gegen Ludendorff und v. Graefe. Kapitänleutnant Kautter hat gegen Ludendorff und den Abgeordneten v. Graefe Klage erhoben, weil dieser eine Darstellung „Die Wahrheit über München“ unter Berufung auf Ludendorff als Gewährsmann im „Deutschen Tageblatt“ veröffentlichte, die von Kautter als Entstellung und Ehrabschneiderei empfunden wird.

Die Rentenmark im altbesetzten Gebiet zugelassen. Wie die „Königliche Volkszeitung“ aus völlig zuverlässiger Quelle erfahren haben will, hat die Rheinland-Kommission beschlossen, die Rentenmark im altbesetzten Gebiet zuzulassen. Der Umlauf der Rentenmark sei daher für dieses Gebiet genehmigt.

Hoovers Kreditplan für Deutschland. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Hoover nunmehr seinen Unterstützungsplan für Deutschland fertiggestellt. Danach wird Deutschland ein Kredit in Höhe von 173 500 000 Dollars zum Ankauf von Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten gewährt werden.

Weibliche Kandidaten bei den englischen Wahlen. Bis jetzt sind 22 weibliche Kandidaten für die englischen Parlamentswahlen aufgestellt, darunter 4 konservative, 8 liberale, 9 von der Arbeiterpartei und 1 Unabhängige.

Eine amerikanische Schuldenmahnung an Frankreich. „Chicago Tribune“ veröffentlicht eine Meldung aus Washington, wonach Senator Reed Smoot, der der Schuldenfundierungskommission angehört, erklärte, die amerikanische Regierung werde demnächst mit Frankreich in Verbindung treten und vorschlagen, daß Frankreich entweder eine Kommission zur Regelung der Fundierung seiner Schulden nach Amerika schicke oder öffentlich seinen Plan über die Rückzahlung seiner Schulden vorlege.

Ein neues Drama auf Pehow.

In der Pehower Forst bei Werder hat sich im Dunkel der Abendstunden des Montag abermals ein Drama abgespielt, bei dem diesmal der junge Herr v. Raehne eine Rolle spielt und das in seinen Einzelheiten noch nicht geklärt ist und über das uns vorläufig folgende Berichte vorliegen.

Der junge Karl von Raehne, der, trotzdem er mit seinem Vater in Jervürfnis lebt, von diesem als Förster angestellt ist, traf bald nach 9 Uhr auf einem Reviergange auf mehrere Arbeiter, die verbotenerweise in der Pehower Forst, dem Eigentum des Vaters Raehnes, Holz gesam-

zeug um 20 Grad nach Osten zu drehen. Schon wanderte der vierte Dampf in die Ziellinie: „Zweites Rohr — los!“ Dann aber sang Jubeln durch seine Stimme: „Alarm!“ Er sprang ins Luf, rief über sich den Defel dicht und befehl: „Fluten — beide große voraus!“

Das letzte Wort zerriff der scharfe Schlag einer Detonation. Während U. 444 die Nase neigte, brüllten die Leute „Hurra!“ und nochmals „Hurra!“ zu einem zweiten dämpfen Krachen. Beide Schiffe hatten getroffen. Dreiwitz sah auf das Manometer. Der Zeiger glitt auf 10. Wenn einer der Perforator sflink war, konnten seine Wasserbomben noch Schaden tun. Zwanzig Meter, las er und atmete freier. Dreiwitz! Er war beruhigt. Herzgl! Er nahm die Nähe vom Kopf und trocknete die Stirn mit dem Handrücken. Die Spannung der Jagd hatte erlöst.

Eine Stunde lief er unter Wasser. Schraubenrauschen war nicht zu hören. Also wagte er sich auf Schrottliefe, aber nahm das Auge des Bootes schnell wieder unter die Wellen, als er Mondlicht glitzern sah. Sein Befehl zum Fluten kam nicht zu früh. Schon schien an Steuerbord ein Riesenschiff donnernd auf den Meereshoden zu schlagen. Der Feind hatte ihn erspäht und eine Bombe geworfen. Ob oben doch eine verräterische Delspur zu sehen war?

Der Feind blieb ihm auf den Fersen, obwohl er in langsamer Unterwasserfahrt häufig den Kurs wechselte. Erst als die kurze nordische Sommernacht dem Tage wich, hob er den Rüssel des Bootes und sah sich im feurigen Blenden der aufgehenden Sonne umhüllt. Eine Mahalla von wohl zwölf qualmenden Perforatoren oder Bewachern schlug um ihn einen weiten Kreis. Der Wachoffizier hatte sich nicht getäuscht, als er die Delspur sah. Doch heimfahren mußte U. 444! Dreiwitz erspähte eine breite Lücke zwischen zwei feindlichen Fahrzeugen. Dort dachte er den Kreis unter Wasser zu durchstoßen. Ein Weilschen war er in Fahrt und begann auf Entkommen zu hoffen, als neues Donnerkrachen an Bordbord dröhnte. Unter dem Schlag des Riesenschiffes zitterte das Boot und sprang nach rechts wie ein getroffenes Tier. Erbsen schienen an seine Wand zu klatern. Doch keins der Sprengstücke schlug durch den Stahl, und der Apparat zeigte U. 444 in steter Fahrt, bis adern noch lauterer, näherer Krachen donnerte. Wieder war das Boot nicht getroffen, aber banges Schmetzen hing drinnen. Das Surren der elektrischen Maschinen schien zitterndes Klagen.

(Fortsetzung folgt.)

Druckkosten für Gemeindefürsorge bezahlt Carl Jahn.

Grüner Rajen, blaue Wellen.

(A. Fortsetzung.)

Als U. 444 die Nase nach Norden gedreht hatte, war der niedrige schwarze Schatten eines Fahrzeuges auf Westkurs zu sehen. Dreiwitz glaubte über Wasser bleiben zu können. Er hatte den Wind und die dunkle Wellenbank im Rücken. Hinter dem Fremden aber hing der lichte Wellenschiefer, durch den der Mond zu sehen war. Auch trieb der Südwind dem Ausguck des Fremden den Sprühregen in die Augen, wenn er den Kopf nach links zum U-Boot drehte.

Als der ferne Schatten allmählich wuchs, stieß er den Maat an: „Nr. 1, was denken Sie?“

Die Rippen des schiefen Mundes zuckten: „Zu niedrig für einen Dampfer. Kann Perforator sein, Herr Kapitänleutnant!“

„Glaube ich auch!“ Er dachte auf gleichen Kurs wie der Fremde zu gehen und rief leise Befehle ins Sprachrohr. Die Sprache laut zum Flüßern, obwohl drüben noch niemand hören konnte.

Auch U. 444 lag auf Westkurs, als Driefner wieder den Zeigefinger hob: „Und dem Perforator folgt ein zweiter!“

Dreiwitz sah lange durch das Glas, ehe er befehligen konnte: „Sie haben recht, aber mir scheint der zweite ein Bewacher! Seht mal alle scharf hin!“

Das hatte er wieder laut gerufen und kaum ein Prohloden in der Stimme bezwungen. Eine Ahnung sagte ihm, daß er einen Geleitzug vor sich habe. Den Atem verhaltend, fühlte er, daß seine Muskeln sich spannten wie auf der Jagd im heimischen Wald. Die zitterten die Finger, als er wieder das Glas hob. Da lugte der Mond durch ein Wellensfenster, und hell glitzerte die blaue See. Er sah den schon erlöschten Fahrzeugen ein drittes folgen. Zur Rechten der vor ihm nach Westen dampfenden Ziellinie lag eine gleichlaufende von acht Dampfzern und noch ferner eine dritte auf dem Wasser. Auch dort qualmten die Schloten von Perforatoren oder Bewachern, die also die acht Dampfzern eskortierten. Versucht nur, daß er nicht an den Mond gedacht hatte!

Doch nur für Sekunden erhellte das bald von wogenden Wellen durchschludete Licht die See. Die Gefahr, gesehen zu werden, war vorüber, ehe er im Ruff der Jagd laut brüllte: „Auf Tauchstationen!“

Stiefelsohlen schurten unten auf Stahl. Bei ihm auf der Brücke blieben Driefner, Nr. 1 und Wozze Kern. Von der Leiter zum Turm schaute der Steuermann hinaus. Dreiwitz winkte mit der Hand, als müßte er zur Ruhe mahnen, denn auch sein Herz schlug schneller zu schlagen. Im heißen Kopf glühte die Kalkuna in der Hitze der Sonne der Reute.

